

Die UN-Klimakonferenzen

Stand nach COP 20 in Lima, Peru

Kurzbericht des Süddeutschen Klimabüros

Dezember 2014

SÜDDEUTSCHES KLIMABÜRO / ZENTRUM KLIMA UND UMWELT



Einleitung

Anlässlich der UN-Weltklimakonferenz im Dezember 2014 in Lima, Peru, ist diese Broschüre entstanden.

Schon seit 1995 finden diese Klimakonferenzen jährlich statt. Ziel aller Konferenzen ist es, Maßnahmen zur Reduzierung des momentanen Klimawandels zu erreichen sowie Anpassungsstrategien zu entwickeln. Aus geschichtlichen Gründen hat nicht jedes Land in gleichen Maßen zu den beobachteten Treibhausgasen beigetragen. Aber auch jetzt ist der Unterschied im Treibhausgasausstoß zwischen den Ländern enorm.

Wegen der unterschiedlichen Anteile der einzelnen Länder kommt es auf UN-Klimakonferenzen immer wieder zu Diskus-

sionen. Im Mittelpunkt steht oft die Frage, in wie weit der Anteil an den vergangenen Emissionen Grundlage sein soll für die momentanen Reduktionsziele.

Nachdem 1997 das Kyoto-Protokoll entstanden ist, welches eine Reduzierung der weltweiten Emissionen im Bemessungszeitraum 2008 bis 2012 vorschreibt, ist ein Folgeabkommen gefragt. Auf der UN-Klimakonferenz in Kopenhagen 2009 konnte ein solches Abkommen nicht verabschiedet werden. In Cancún wurden zwar die ersten Schritte in Richtung eines solchen Abkommens gemacht, allerdings ohne verbindliche Zusagen.

Die Erwartung nach verbindlichen Zusagen war in Durban dementsprechend

hoch und tatsächlich konnte eine vorläufige Verlängerung des Kyoto-Protokolls verabschiedet werden. Zudem wurde ein Klimaschutz-Mandat für die Zeit nach Kyoto verabschiedet.

In Warschau 2013 wurde beschlossen, dass Emissionsreduktionen für alle Staaten gleichmaßen gelten sollen.

In Lima liefen nun die konkreten Vorbereitungen für das Klimaschutz-Mandat. Dieses soll spätestens 2020 in Kraft treten und bis zur UN-Klimakonferenz 2015 in Paris ausgehandelt und beschlossen werden. Dafür sollen nun die Eckpunkte des weltweiten Abkommens erarbeitet werden.

Karlsruhe, Dezember 2014

Dr. Hans Schipper
Julia Hackenbruch
Süddeutsches Klimabüro

Weltklimakonferenzen

Die Weltklimakonferenzen („World Climate Conference“ – WCC) sind eine Reihe von internationalen Treffen, die von der Weltmeteorologischen Organisation („World Meteorological Organization“ – WMO) organisiert wurde, um über Klimaprobleme wie die globale Erwärmung in Zusammenarbeit mit der Klimaforschung zu diskutieren. Bis jetzt gab es drei Weltklimakonferenzen. Auf jeder Konferenz gab es wichtige Entscheidungen für die globale Klimapolitik.

Datum	Ergebnisse
WCC 1 Februar 1979	World Climate Program (WCP) World Climate Research Program (WCRP) Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC)
WCC 2 Oktober 1990	United Nations Framework Convention on Climate Change (UNFCCC) – woraus das Kyoto-Protokoll entstand Global Climate Observing System (GCOS)
WCC 3 September 2009	„High Level Declaration“

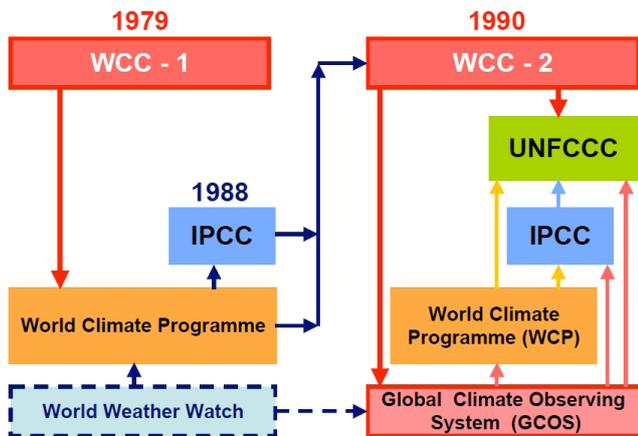


Abbildung 1: Ergebnisse der Weltklimakonferenzen vom Februar 1979 und Oktober 1990

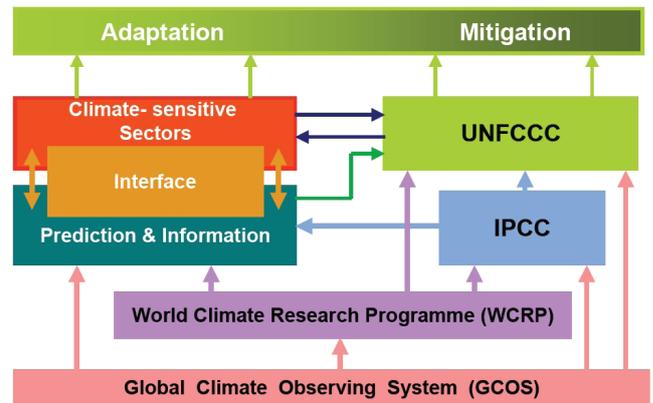


Abbildung 2: Ergebnisse der Weltklimakonferenz vom August 2009.

IPCC

Der Zwischenstaatliche Ausschuss für Klimaänderungen („Intergovernmental Panel on Climate Change“ – IPCC) ist eines der Ergebnisse der ersten Weltklimakonferenz und die führende internationale Institution für die Bewertung des Klimawandels. Es soll der Welt eine klare wissenschaftliche Sicht auf den aktuellen Stand des Wissens über den Klimawandel geben sowie auf dessen mögliche umweltbezogene und sozio-ökonomische Auswirkungen.

Das IPCC ist eine wissenschaftliche Institution. Sie prüft und bewertet die weltweit verfügbaren aktuellen wissenschaftlichen, technischen und sozio-ökonomischen Informationen hinsichtlich ihrer Relevanz für das Verständnis des Klimawandels. Sie betreibt selbst keine Wissenschaft und erhebt selbst keine klimarelevanten Daten.

Weltweit tragen tausende Wissenschaftler auf freiwilliger Basis zu den Arbeiten des IPCC bei. Das Prüfen der Dokumente ist ein wesentlicher Bestandteil des IPCC-Prozesses. Es gewährleistet somit seine

Objektivität für die Bewertung der aktuellen Informationen. Das IPCC bemüht sich, eine Vielzahl an Sichtweisen widerzugeben. Das Sekretariat koordiniert die Arbeiten des IPCC und vermittelt diese an Regierungen.

Das IPCC ist frei für alle Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen und der Weltmeteorologischen Organisation („World Meteorological Organization“ – WMO). Regierungen können an dem Prüfungsprozess und Vollversammlungen teilnehmen, bei denen Entscheidungen verabschiedet, übernommen und anerkannt werden.

(Quelle: UNFCCC)

UNFCCC - Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen

Die Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen („United Nations Framework Convention on Climate Change“ – UNFCCC) ist auf der 2. Weltklimakonferenz gegründet worden und besteht aus zwei übergeordneten Kategorien von

Teilnehmern: die Mitgliedsstaaten und die Beobachter. Die Beobachter teilen sich in Zwischenstaatliche Organisationen und Nichtstaatliche Organisationen. Alle müssen sich beim UNFCCC-Sekretariat anmelden und akkreditieren, bevor sie an Konferenzen teilnehmen können. Nur Vertreter registrierter Organisationen dürfen bei den Sitzungen der verschiedenen Gremien als Beobachter anwesend sein.

Die UNFCCC ist von rund 190 Mitgliedsstaaten (abhängig von Definition) unterschrieben worden. Das Kyoto-Protokoll aus dem Jahr 1997 haben 184 Nationen ratifiziert. Die Konferenz der Vertragsstaaten hat als höchste Behörde die Vollmacht, notwendige Entscheidungen zu verabschieden, die die Umsetzung des Kyoto-Protokolls in effektive Maßnahmen vorantreiben.

(Quellen: UNFCCC und Deutsches Klimakonsortium)

UN-Klimakonferenzen

Neben den Weltklimakonferenzen der WMO gibt es Klimakonferenzen, welche von der Vereinten Nationen organisiert werden. Eine solche Konferenz der Vertragsstaaten der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen wird auch COP („Conference of the Parties“) genannt. „Parties“ bezieht sich hierbei auf Nationen, die beide internationale Abkommen zur Beobachtung und zur Einhaltung der internationalen Kooperation gegen den Klimawandel unterschrieben und ratifiziert haben.

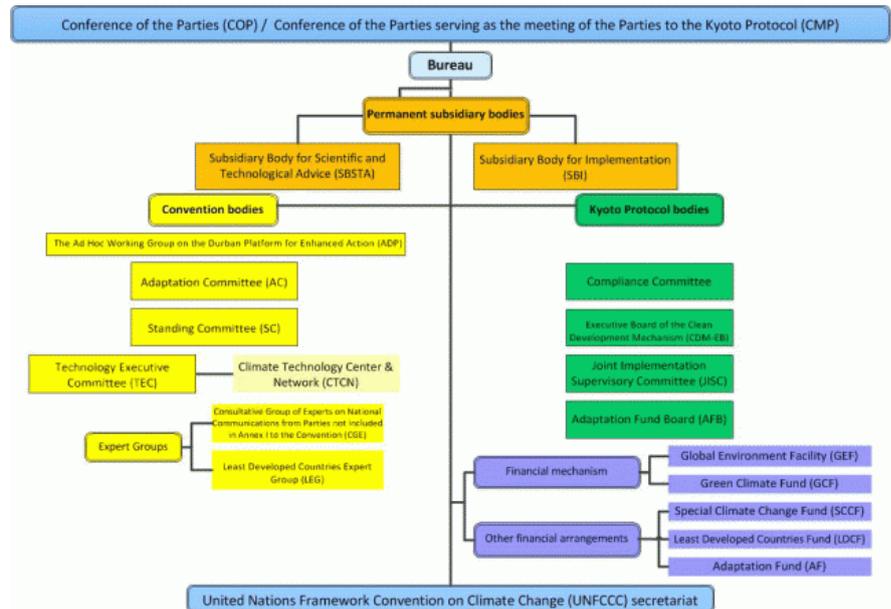
Diese Konferenzen finden jährlich in den Monaten November und Dezember statt. Dieses Jahr fand die Konferenz zum 18. Mal statt (COP 18) und zwar in Doha, Katar.

Während der COP findet eine Reihe an weiteren Treffen statt. Zum einen treffen sich die Staaten, welche das Kyoto-Protokoll unterschrieben haben (CMP – „Meeting of the Parties to the Kyoto Protocol“) und zum anderen trifft sich das Nebenorgan für wissenschaftliche und technologische Beratung (SBSTA – „Subsidiary Body for Scientific and Technological Advice“). Des Weiteren trifft sich die Ad-hoc-Arbeitsgruppe unter dem Kyoto-Protokoll für Vertragsparteien des Anhangs I. Dies sind die Industrieländer (AWG-KP – „Ad Hoc Working Group on Further Commitments for Annex I Parties under the Kyoto Protocol“). Außerdem trifft sich die Ad-hoc-Arbeitsgruppe unter der (Klimarahmen-)Konvention (AWG-LCA – „Ad Hoc Working Group on Long-term Cooperative Action under the Convention“). (Quelle: UNFCCC)

1995 fand die erste COP in Berlin statt. Auf den darauf folgenden COPs wurden unterschiedlich wichtige Entscheidungen getroffen. Die Tabelle rechts zeigt einen Überblick der COPs ab dem Umweltgipfel in Rio de Janeiro 1992 mit den wichtigsten Beschlüssen.

In den nächsten Abschnitten werden die wichtigsten COPs mit ihren Entscheidungen und ihrer Bedeutung für die weltweite Klimapolitik ausführlicher beschrieben.

(Quelle: UNFCCC)



Überblick der Arbeitsgruppen auf einer UN-Klimakonferenz (Stand: 2011; Quelle: UNFCCC)

Umweltgipfel	Jahr	Ort	Agenda 21, globale Klimarahmenkonvention.
COP 1	1995	Berlin	„Berliner Mandat“ ist die Basis für ein Protokoll zur Verringerung von Treibhausgasemissionen.
COP 2	1995	Genf	
COP 3	1997	Kyoto	Kyoto-Protokoll beschlossen
COP 4	1998	Buenos Aires	
COP 5	1999	Bonn	
COP 6	2000	Den Haag	Verhandlungen scheitern und werden ausgesetzt.
COP 6 - Forts.	2001	Bonn	Fortführung der 6. Klimakonferenz. Einigung über Ausgestaltung des Kyoto-Protokolls.
COP 7	2001	Marrakesch	Entscheidungen zu Ausgestaltung und Umsetzung des Kyoto-Protokolls.
COP 8	2002	New Delhi	
COP 9	2003	Mailand	Bestandsaufnahme des int. Klimaschutzes.
COP 10	2004	Buenos Aires	Maßnahmen zur Minderung der vom Menschen verursachten Treibhausgasemissionen; Anpassung an die unvermeidlichen Folgen des Klimawandels.
COP 11	2005	Montreal	Fortschreibung des Kyoto-Protokolls über 2012 hinaus; Aushandlung neuer Grenzwerte für Treibhausgasemissionen.
COP 12	2006	Nairobi	Gespräche über das Kyoto-Nachfolgeregime.
COP 13	2007	Bali	„Bali Road Map“
COP 14	2008	Posen	Text eines int. Klimaschutzabkommens beschlossen.
COP 15	2009	Kopenhagen	„Copenhagen Accord“
COP 16	2010	Cancún	Erste Schritte zur zweiten Phase des Kyoto-Protokolls.
COP 17	2011	Durban	Entscheidung über die Fortführung des Kyoto-Protokolls sowie die Einführung ein Klimaschutz-Mandats.
COP 18	2012	Doha	Zweite Phase des Kyoto-Protokolls festgelegt.
COP 19	2013	Warschau	Diskussion um Finanzierung von Klimaschutz und Klimaanpassung in Entwicklungsländern
COP 20	2014	Lima	Eckpunkte für das Klimaschutzmandat 2020

1997 – COP 3 – Kyoto

Die dritte UN-Klimakonferenz (COP 3) im japanischen Kyoto ist eine der bedeutendsten Konferenzen. Auf dieser Konferenz ist das Kyoto-Protokoll erstellt worden. Dass ein solch internationales Protokoll nicht ohne Weiteres ratifiziert wird, zeigten die Jahre nach Kyoto. Die Ratifizierung dieses Abkommen war nämlich an zwei Bedingungen geknüpft. Erste Bedingung: Das Protokoll sollte in Kraft treten, sobald mindestens 55 Staaten unterschrieben haben. Zweite Bedingung: Diese 55 Staaten verursachen zusammengerechnet mehr als 55% der Kohlenstoffdioxid-Emissionen des Jahres 1990. Die Zahl von wenigstens 55 teilnehmenden Staaten wurde mit Islands Ratifikation am 23. Mai 2002 erreicht. Nach dem Ausstieg der USA aus dem Protokoll 2001 musste die Weltgemeinschaft auf den am 5. November 2004 erfolgenden Beitritt Russlands warten. Mit der Ratifizierung durch Russland unter Präsident Wladimir Putin, auf das ein Anteil von etwa 18% der CO₂-Emissionen von 1990 entfällt, wurde auch die zweite Bedingung erfüllt.

Am 16. Februar 2005, 90 Tage nach der Ratifizierung durch das russische Parlament, trat das Kyoto-Protokoll in Kraft. Zu diesem Zeitpunkt hatten es 128 Staaten ratifiziert. Ende 2011 hatten 193 Staaten das Protokoll ratifiziert.

(Quellen: *BMU, UNFCCC*)

2007 – COP 13 – Bali

Auf der COP 13 in Bali hat man die sogenannte Bali „road map“ erstellt. Darin gehen die UN-Vertragsstaaten auf die Feststellungen des Vierten Sachstandsberichts des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Klimaänderung (IPCC) ein, dass die Erwärmung des Klimasystems eindeutig ist. Folglich würde eine Verzögerung bei der Reduzierung der Emissionen die Möglichkeiten der Erreichung eines niedrigeren Stabilisierungsniveaus erheblich einschränken und das Risiko schwerwiegenderer Auswirkungen des Klimawandels erhöhen.

Zusätzlich wird darauf hingewiesen, dass starke Einschnitte bei den globalen Emissionen erforderlich sind, um das Endziel des Übereinkommens zu erreichen. Grundlage war die Dringlichkeit der Bewältigung des Klimawandels, die sich aus dem Vierten Sachstandsbericht des IPCC ergab.

(Quellen: *BMU, UNFCCC*)

2009 – COP 15 – Kopenhagen

COP 15 in Kopenhagen im Dezember 2009 wird oft als gescheitert bezeichnet. Die Erwartungen waren tatsächlich sehr hoch. Vor allem die Verhandlungen für ein Folgeabkommen des Kyoto-Protokolls haben viel Aufmerksamkeit bekommen. Weil das Kyoto-Protokoll Emissionsreduktionsziele für die Jahre 2008 bis 2012 umfasst, wäre ein Folgeabkommen auch dringend notwendig gewesen. Trotz vieler Bemühungen und bilateraler Gespräche konnte keine Einigkeit über die Gestaltung eines Folgeabkommens gefunden werden. Hauptproblem dabei waren die unterschiedlichen Forderungen der westlichen Länder und Schwellenländer. Weil die westlichen Länder eher die momentanen Emissionen aller Länder berücksichtigen wollten, warben sie für eher homogen verteilte Emissionsreduktionsziele. Die Schwellenländer allerdings wollten die vergangenen Emissionen mitberücksichtigen, da der Großteil der in der Atmosphäre vorhandenen Treibhausgase bisher von den westlichen Ländern emittiert worden ist.

Die Klimakonferenz 2009 (COP 15) in Kopenhagen schloss mit einer völkerrechtlich unverbindlichen Erklärung, dem „Copenhagen Accord“ (Kopenhagen Vereinbarung) ab. Sie erzielte nicht das erhoffte Nachfolgeabkommen des Kyoto-Protokolls. Im „Copenhagen Accord“ sind die beteiligten Länder über Folgendes übereingekommen (Quelle: Deutsches Klimakonsortium, *BMU, UNFCCC*):

2010 – COP 16 – Cancún

- Der **Temperaturanstieg soll global auf 2 K begrenzt werden** und dafür müssen die Treibhausgasemissionen erheblich gesenkt werden. Weiterhin einigten sich die Länder darauf, dass diese Reduzierung der Treibhausgase notwendig ist und schnellstmöglich umgesetzt werden soll.
- **Alle Länder müssen sich der Herausforderung der Anpassung an den Klimawandel stellen.** Die Industrieländer sind sich einig darüber, dass sie die Entwicklungsländer finanziell, technisch und beratend unterstützen müssen, um deren Anpassung an den Klimawandel möglich zu machen.
- Die Industrieländer legen bis zum 31. Januar 2010 quantifizierte und **landesweite Emissionsreduktionsziele für 2020 vor und setzen diese um.** Die Entwicklungsländer sagen zu, bis zum selben Zeitpunkt „national angemessene Emissionsminderungsmaßnahmen“ zu benennen und umzusetzen. Inselstaaten sowie die am wenigsten entwickelten Länder können freiwillig Maßnahmen zur Reduzierung der Emissionen treffen.
- Die **Bedeutung der Verringerung von Emissionen aus Entwaldung und Walddegradierung werden anerkannt** sowie die Notwendigkeit, dafür einen Mechanismus („Reducing Emissions from Deforestation and Forest Degradation including the role of conservation, sustainable management of forests and enhancement of forest carbon stocks“ – REDD+) einzurichten.
- Die Entwicklungsländer erhalten bei Fortschritt und Transparenz **eine angemessene Finanzierung zur Umsetzung notwendiger Maßnahmen.** Für den Zeitraum 2010–2012 soll die Finanzierung 30 Mrd. US-Dollar betragen. Bis zum Jahr 2020 soll sie auf 100 Mrd. US-Dollar jährlich erhöht werden.

140 Parteien haben bis jetzt dem „Copenhagen Accord“ zugestimmt (Quelle: UNFCCC). Auf der Grundlage des „Copenhagen Accord“ haben die einzelnen Länder ihre nationalen Emissionsziele an das UNFCCC-Sekretariat gemeldet.

Auf der COP 16 standen mehrere Themen zur Debatte. Folgende Themen haben besondere Aufmerksamkeit bekommen:

Waldschutz

Die Vernichtung der Wälder trägt nach Angaben des UN-Klimasekretariats 17 % zum menschen-gemachten Treibhauseffekt bei. Ärmere Länder sollen Geld erhalten, wenn sie ihren Wald schützen. Dazu muss es jedoch klare Regeln geben, was ein Wald ist. Zudem müssen die Artenvielfalt und die örtliche Bevölkerung berücksichtigt werden. Die Industrieländer sollen Faktoren, die zur Waldzerstörung in Entwicklungsländern führen, beseitigen.

Anpassung

Entwicklungsländer benötigen Geld, um die Folgen des Klimawandels zu lindern. Ein entsprechendes Programm reicht vom Dammbau bis zu Versicherungen gegen Wetterextreme.

Treibhausgasausstoß

Bisher haben einzelne Staaten nur auf freiwilliger Basis nationale Klimaziele vorgelegt. Diese reichen jedoch nicht aus, um die Klimaerwärmung auf 2 Grad zu begrenzen. Neue und verbindliche Zusagen sind nötig, wenn der Klimawandel auf ein für Mensch und Natur erträgliches Maß begrenzt werden soll. Neue Reduktionen könnten zum Beispiel aus dem Flug- und Schifffahrtsbereich kommen.

Finanzierung

In einer unverbindlichen Vereinbarung auf dem Klimagipfel von Kopenhagen hatten die Industriestaaten zugesagt, ab dem Jahr 2020 jährlich 100 Mrd. Dollar für Klimaziele in Entwicklungsländern bereitzustellen. Vor einem umfassenden Klimavertrag müssten Finanzquellen aufgelistet und diese Zusage verbindlicher werden. Außerdem wollten die Industrieländer den Entwicklungsländern insgesamt 30 Mrd. Dollar von 2010 bis 2012 für die Anpassung an den Klimawandel und eine umweltfreundliche Entwicklung geben. Klimaschutzler kritisieren jedoch mangelnde Transparenz und befürchten, dass es dann Abzüge von der bisher geplanten Entwicklungshilfe gibt.

Überprüfung

Vor Abschluss eines umfassenden Vertrags muss sich die Staatengemeinschaft auf ein differenziertes Mess- und Kontrollsystem der Klimaschutzaktivitäten einigen. Darauf legen nicht zuletzt die USA Wert – und haben speziell China im Blick.

(Quelle: *Spiegel-online*)

Die Abkommen von Cancún schreiben eine Reihe von Klimaschutzmaßnahmen fest, auf die sich die Weltgemeinschaft lange Zeit nicht einigen konnte. In den Schlusstunden des Weltklimagipfels in Cancún arbeiteten die Delegierten an zwei verschiedenen Verhandlungssträngen.

Erster Verhandlungsstrang

Der erste Verhandlungsstrang soll die Grundlage legen für ein **Nachfolgeabkommen des Kyoto-Vertrags**. Es ist der einzige derzeit rechtsverbindliche Klimaschutzvertrag, der im Jahre 2005 in Kraft trat, aber Ende 2012 ausläuft. Weil die USA das Kyoto-Protokoll nicht ratifiziert haben, sind die Beschlüsse aus diesem Verhandlungsstrang für sie nicht bindend. Auch Schwellenländer wie Indien und China müssen sich nicht zu Treibhausgasemissionen verpflichten. Sie gelten unter diesem Vertragswerk noch als Entwicklungsländer. Die wichtigsten Punkte auf deutsch:

- **Die Industrieländer erkennen die Erkenntnisse des Weltklimarats IPCC an**, wonach die Treibhausgasemissionen weltweit bis zum Jahr 2020 um mindestens 25 bis 40 % im Vergleich zu 1990 gesenkt werden müssen.
- **Die Industrieländer nehmen die freiwilligen Zusagen von CO₂-Einsparzielen zur Kenntnis**, die sie im im ergangenen Jahr ausgehandelt haben. Damit ist dieses lose Abkommen erstmals in ein Vertragswerk der Vereinten Nationen eingeflossen.
- **Der Vertrag drängt die Industrieländer dazu, ihre CO₂-Einsparmaßnahmen aufzustocken**. Denn den Anforderungen des Weltklimarats für eine Senkung des Treibhausgasausstoßes werden die freiwilligen Einsparverpflichtungen der Industrieländer nicht gerecht. Sie müssten ei-

gentlich verdoppelt werden.

- **Waldreiche Länder, allen voran Russland, können ihre Treibhausgasemissionen gegenrechnen** mit dem in ihren Waldflächen gespeichertem Kohlenstoff.

Zweiter Verhandlungsstrang

Der zweite Verhandlungsstrang auf der Weltklimakonferenz in Cancún trägt den Namen **„Long-term Cooperative Action“ (LCA)**. Dort finden sich Beschlüsse, die vor allem für das Verhältnis zwischen Industrie- und Entwicklungsländern von Bedeutung sind. Spiegel-online hat sie auf Deutsch in folgenden Punkten zusammengefasst:

- **Die unterzeichnenden Länder erkennen tiefe Einschnitte in den globalen Treibhausgas-Emissionen an**. Dabei wollen Sie sich an dem von der Wissenschaft aufgestellten Ziel orientieren, die Erwärmung der Erde auf 2 K gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen. Die Vertragsstaaten halten sich die Option offen, im Lichte neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse das Ziel auf 1,5 K zu verschärfen.
- **Die Vertragsparteien erklären ihre Absicht, einen Zeitrahmen zu entwickeln**, wann die CO₂-Emissionen ihren Höhepunkt erreicht haben und anschließend sinken sollen.
- **Es wurde beschlossen, das so genannte Cancún-Rahmenabkommen zur Anpassung an den Klimawandel zu etablieren**. Darin vorgesehen ist unter anderem, dass die Nationen eigene Anpassungspläne an eine wärmere Welt entwickeln.
- **Die Industrieländer nehmen die im „Copenhagen Accord“ niedergelegten, freiwilligen CO₂-Einsparziele an**. Sie werden gedrängt, ihre Ziele weiter zu erhöhen, damit die Einsparmaßnahmen mit den Empfehlungen des Weltklimarates konsistent sind. Für die Entwicklungsländer gilt, dass sie geeignete Einsparmaßnahmen verabschieden, damit sie weniger Treibhausgase emittieren als bei Fortsetzung ihrer bisherigen Wirt-

schaftsweise.

- **Es soll ein Waldschutzprogramm verankert werden**, das unter dem Namen Reduktion von Emissionen aus Entwaldung und Schädigung von Wäldern („Reducing Emissions from Deforestation and Degradation“ – REDD) bekannt ist.
- **Für die nächsten drei Jahre soll eine Soforthilfe von 10 Mrd. Dollar pro Jahr in einen Fonds der Vereinten Nationen fließen**, der mit Priorität für die vom Klimawandel besonders betroffenen Länder vorgesehen ist.
- **Auf lange Sicht sollen die Finanzmittel für die Entwicklungsländer aufgestockt werden** – und zwar ab 2020 auf jährlich insgesamt 100 Mrd. Dollar. Es dürfen dazu keine herkömmlichen Entwicklungshilfsgelder gekürzt werden. Die Hilfe kann sowohl aus privaten wie auch staatlichen Mitteln stammen. Die Gelder fließen in den neu gegründeten Green Climate Fund unter der Regie der Vereinten Nationen. Übergangsweise soll die Weltbank die Verwaltung übernehmen. Vorgesehen ist ein Aufsichtsrat mit 24 Mitgliedern, der sich zu gleichen Teilen aus Vertretern von Entwicklungs- und Industrieländern zusammensetzt.
- **Gleichzeitig soll ein Klimatechnologie-Zentrum aufgebaut werden**, das den Transfer von Technologien für den Klimaschutz in die Entwicklungsländer ermöglichen soll. Er soll durch die Vereinten Nationen geführt werden.

(Quellen: *Climate Service Center, Spiegel-online*)

2011 – COP 17 – Durban

Im afrikanischen Durban sollte nun versucht werden, die hohen Erwartungen aus Cancun zu konkretisieren. Wenn es eine Art Motto gab in Durban, könnte es damit zusammengefasst werden, dass die Länder eine unterschiedliche, aber gemeinsame Verantwortung tragen.

Nachdem es in der ersten Woche nur langsam voranging, begann die zweite Woche mit einer interessanten Aussage des chinesischen Umweltministers. Das Kyoto-Protokoll hat China zwar nicht unterzeichnet, stellt aber nun eine mögliche Teilnahme an einem verbindlichen Klimavertrag in Aussicht. Das ist deswegen so interessant, da China momentan das Land mit dem höchsten Treibhausgasausstoß ist. Auch die Emissionen pro Kopf sind mit einigen westeuropäischen Ländern vergleichbar. Die Reaktionen auf die Aussage Chinas sind allerdings überwiegend skeptisch. Auch Bundesumweltminister Röttgen forderte mehr Klarheit. Neu wäre, „wenn China sagt, wir sind für internationale Verbindlichkeit, und wir sind ein Teil internationaler Verbindlichkeit“, gab Röttgen zu bedenken. Trotzdem ist klar geworden, wie sehr sich die Welt ein verbindliches Klimaabkommen wünscht und was die Rolle einzelne Länder darin sein kann. Die Zukunft der internationalen Klimapolitik hängt eben stark von den Ländern mit den höchsten Treibhausgasemissionen ab.

Trotz vieler Diskussionen und Bemühungen seitens der Europäischen Union und der Entwicklungsländer kam eine Entscheidung auch in der zweiten Woche nicht viel näher. Dies hatte zur Folge, dass das ursprüngliche Ende der Konferenz um einen Tag verschoben wurde. Somit wurde die Weltklimakonferenz in Durban die bislang am längsten dauernde Klimakonferenz in der Geschichte.

Am Ende des letzten Tages hat man doch einige Entscheidungen getroffen. Hier eine Kurzübersicht dieser Beschlüsse, bzw. Überlegungen:

Kyoto-Protokoll (zweite Phase)

Das Protokoll wird fortgeschrieben. Ab 2013 haben die Industrieländer sich verpflichtet, eine Reduktion der Treibhausgasemission von 25–40 % anzustreben. Die Periode für die Reduktion soll entweder bis 2017 oder 2020 laufen. Klimaschützer

plädieren für ein Ende im Jahr 2017, damit das Klimaschutz-Mandat (siehe nächster Punkt) nicht zwangsläufig 2020 anfangen muss.

Wie in der ersten Phase enthält das Protokoll nur Verpflichtungen für die Industrieländer. Dafür wurde die Einteilung der Länder in Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländer aus der ersten Phase übernommen. Das heißt, dass auch dieses Mal China kein Industrieland ist und keine Verpflichtungen gegenüber dem Kyoto-Protokoll hat. Die USA ist auch in der zweiten Phase nicht dabei. Zudem haben Kanada, Japan, Russland und Neuseeland angedeutet, auszusteiern (Kanada hat dies in der Woche nach der Konferenz auch tatsächlich getan). Die übriggebliebenen Nationen sind für nur 15 % der Emissionen verantwortlich, wovon alleine schon die Europäische Union 11 % abdeckt.

Details des Protokolls werden in Katar 2012 ausgearbeitet.

Klimaschutz-Mandat

Ein weiterer Beschluss in Durban war, dass bis spätestens 2015 ein Klimaschutz-Abkommen für die Zeit nach 2020 beschlossen werden soll. Der Unterschied zum Kyoto-Protokoll ist hierbei, dass sich in diesem Fall nicht nur die Industrieländer verpflichten sollen, sondern auch die Schwellenländer. Hintergrund ist u.a., dass die Einteilung zwischen den Industrie- und Schwellenländern aus einer Zeit stammt, wo es zwischen ihnen tatsächlich große Unterschiede gab. Mittlerweile sind die Unterschiede in vielen Fällen nur noch minimal oder sogar umgedreht (Beispiel China), sodass die ursprüngliche Einteilung beim Klimaschutz nur noch wenig Sinn machen würde.

An dieser Stelle muss allerdings nochmal auf das „Motto“ in Durban verwiesen werden, was besagt, dass die Nationen der Welt eine gemeinsame, aber unterschiedliche Verantwortung dem Klima gegenüber haben. Eine komplett gerechte Behandlung aller Nationen ist in diesem Kontext nicht einfach.

Grüner Klimafonds („Green Climate Fund“)

Die Idee dieses Fonds existiert schon seit der Klimakonferenz in Kopenhagen 2009.

Jetzt ist beschlossen worden, diesen Fonds tatsächlich umzusetzen. Es geht dabei um 100 Milliarden Dollar (74 Milliarden €), die die Industrieländer jährlich den Entwicklungsländern für Klimaschutzmaßnahmen zur Verfügung stellen sollen. Es steht allerdings noch zur Diskussion, durch wen und wo das Geld verwaltet werden soll. Sowohl Deutschland als Mexiko würden dies gerne übernehmen. Außerdem ist auch noch nicht festgelegt, wo genau das Geld herkommen soll.

Waldschutz

Beim Thema Waldschutz geht es in erster Linie um die Möglichkeit für walddreiche Länder die CO₂-Bilanz durch den Waldbestand in deren CO₂-Gesamtbilanz anzurechnen. Russland und Brasilien sind daran natürlich sehr interessiert. Dieses Vorhaben ist unter dem Namen REDD („Reducing Emissions from Deforestation and Degradation“) bekannt.

Großer Kritikpunkt dabei ist allerdings, dass sich die CO₂-Bilanz eines Waldbestandes sehr schlecht abschätzen lässt. Wie mit diesem Thema umgegangen wird, ist auch in Durban nicht weiter festgelegt worden.

Weiteres

Zwei weitere nennenswerte Beschlüsse sind in Durban verabschiedet worden. Erstens ist ein Arbeitsprogramm ins Leben gerufen, das sich zum Ziel gemacht hat, die Schäden durch den Klimawandel zu quantifizieren. Zweitens ist die Speicherung von Kohlenstoff (CCS) als Klimaschutzmaßnahme anerkannt worden.

(Quelle: *Climate Service Center, Spiegel-online*)

2012 – COP 18 – Doha

Auf der 18. COP in Doha war das Ziel, die Beschlüsse der 17. COP in Durban zu konkretisieren. Zum einen bedeutet dies, dass festgelegt wird, für welche Periode die zweite Phase des Kyoto-Protokolls gelten soll und wie viele Emissionen die einzelnen Länder reduzieren sollen. Zum anderen soll für das Klimaschutz-Mandat bis spätestens 2015 festgelegt werden, wie die Reduktion der Treibhausgase ab 2020 aussieht. Für das Klimaschutz-Mandat werden neben den Industrieländern auch die Schwellenländer verbindliche Reduktionsziele nennen.

Im Vorfeld der Klimakonferenz sind zwei wichtige Studien erschienen. Eine davon ist von der Weltbank herausgegeben worden und zeigt die Auswirkungen, die ein Anstieg der globalen Mitteltemperatur um 4 K zur Folge haben wird. In einer anderen Studie erklärt das UNEP (Umweltprogramm), dass die momentanen Reduktionsziele nicht reichen, um weitreichende Klimaveränderungen zu verhindern.

In der ersten Woche der Konferenz kam kaum Bewegung in die Verhandlungen. Das war auf den vergangenen Weltklimakonferenzen ähnlich. Erst im Laufe der zweiten Woche reisten die Umweltminister der beteiligten Nationen an und es konnten Entscheidungen getroffen werden. Doch wie im letzten Jahr reichte die Verhandlungszeit von knapp zwei Wochen nicht aus und die Konferenz wurde um einen Tag verlängert. Nachdem in der Nacht zum letzten Verhandlungstag neue Vorschläge für ein erfolgreiches Ende der Konferenz erarbeitet worden waren, wurde im Plenum über diese Vorschläge verhandelt. Trotz des Widerstands einiger Länder (darunter Russland) konnten am Ende folgende Beschlüsse festgelegt werden:

Verlängerung des Kyoto-Protokolls

Die Verlängerung war zwar auch Bestandteil der Beschlüsse der letzten Weltklimakonferenz, allerdings wurde jetzt tatsächlich ein Vertrag unterschrieben. Weil die größten Emittenten von Treibhausgasen diese Verlängerung bis auf Weiteres nicht unterschreiben, enthält das Protokoll nur verbindliche Aussagen für 15 % der weltweiten Emissionen. Zudem ist noch nicht geklärt, wie viel reduziert werden soll. Eine genaue Festlegung der Reduktionsziele der

beteiligten Nationen wird 2013 verhandelt. Europa mit Deutschland hatten vor der Konferenz zwar behauptet, ihre Reduktionsziele zu verschärfen, allerdings wurde dies durch interne Reibereien ausgebremst. Zum einen wollte das deutsche Bundeswirtschaftsministerium sich nicht auf neue Reduktionsziele festlegen, weil befürchtet wurde, dass die deutsche Wirtschaft darunter leiden könnte. Zum anderen war vor allem Polen in der Europäischen Union Befürworter einer Übertragung von noch nicht ausgestoßenen CO₂-Emissionen aus der letzten in die neue Periode des Kyoto-Protokolls.

Ein wichtiger Grund, dass das Kyoto-Protokoll weitergeführt werden soll, ist, dass dadurch der „Clean Development Mechanism“ (CDM) bestehen bleibt. Dieser CDM ist an das Kyoto-Protokoll gekoppelt. Er besagt, dass die Länder, die verbindliche Ziele übernommen haben, bei Projekten, welche Emissionen reduzieren, unterstützt werden. Trotz erheblicher Kritik am CDM (z.B. könnten mit CDM Projekte unterstützt werden, die sonst nie durchgeführt worden wären, und somit zu mehr Emissionen führen), würden bei einem Wegfallen dieser Unterstützung viele sinnvolle Projekte ins Stocken geraten.

Übertragung CO₂-Emissionen

Auf der Konferenz wurde kontrovers über die Übertragbarkeit von CO₂-Emissionen aus der letzten Periode des Kyoto-Protokolls diskutiert. Vor allem Länder des ehemaligen Ostblocks sind Befürworter einer solchen Übertragung. Grund dafür ist, dass die Reduktionsziele des Kyoto-Protokolls 1990 als Basisjahr nehmen und ab 1990 die Industrie in den ehemaligen Ostblock-Ländern großteils zum Erliegen kam. Viele dieser Länder haben deswegen bei Weitem weniger emittiert als sie im Kyoto-Protokoll versprochen hatten. Wenn die noch nicht ausgestoßenen Emissionen nicht übertragen werden, würden diese Länder in der zweiten Phase des Protokolls sofort anfangen müssen zu reduzieren (wie andere Länder). Wenn sie aber ihre zu wenig ausgestoßenen Emissionen, die sogenannte „heiße Luft“, übertragen können, besteht die Möglichkeit, die verbleibenden Emissionen aus der ersten Phase des Protokolls mit den neuen Zielen auszugleichen. Dies

würde die Reduktionsziele in der zweiten Phase praktisch zunichte machen.

Beschlossen wurde nun, dass die Emissionen unter der Bedingung übertragen werden dürfen, dass die Emissionen nur innerhalb der Länder, die die zweite Phase des Kyoto-Protokolls unterschrieben haben, gehandelt werden.

Klimaschutz-Mandat

Wieder wurde über die Zeit nach dem Auslaufen der zweiten Phase des Kyoto-Protokolls, also nach 2020, gesprochen. Wie diese Zeit allerdings gestaltet werden soll, welche Versprechen die einzelnen Nationen machen werden und welche Nationen überhaupt das Mandat unterschreiben werden, blieb aber weiterhin offen. Wie in Durban im Jahr zuvor wurde festgelegt, die Einzelheiten zum Klimaschutz-Mandat bis zum Jahr 2015 zu konkretisieren.

Grüner Klimafonds

Der Grüne Klimafonds dient dazu, Gelder der Industrienationen für Klimaschutzprojekte in Schwellen- und Entwicklungsländern bereitzustellen. Angedacht sind bis 2020 100 Mrd. Dollar pro Jahr. Erste Gelder sind zwar geflossen, allerdings reicht dies längst nicht aus. Wie dieser Geldtransfer in Zukunft funktionieren wird, konnte nicht geklärt werden, und ist deswegen auf die nächste UN-Klimakonferenz vertagt worden.

2013 – COP 19 – Warschau

Die Klimakonferenz im polnischen Warschau ist ein Schritt auf dem Weg zu einem Klimaschutzmandat, das spätestens 2015 auf der UN-Klimakonferenz in Paris beschlossen werden und für alle Länder verbindlich gelten soll. Somit wird es nicht mehr wie das Kyoto-Protokoll nur Emissionsreduktionen von den Industrieländern, sondern auch von den Schwellen- und Entwicklungsländern fordern. Dies wurde bereits 2011 in Durban festgelegt und nun in Warschau verbindlich beschlossen.

Während bei vorhergehenden Klimakonferenzen vor allem die Höhe der Emissionsreduktionen verhandelt wurde, war ein zunehmend wichtiges Thema in Warschau die Finanzierung von Klimaanpassung und Klimaschutz in Entwicklungsländern. Insgesamt gibt es mehrere Fonds, die vor allem die Entwicklungsländer unterstützen sollen. Von diesen konnten durch Finanzzusagen in Warschau – besonders von Seiten der EU – sowohl der Grüne Klimafonds als auch den Anpassungsfonds eröffnet werden, sodass diese nun arbeitsfähig sind und national umgesetzt werden.

Die Erwartungen an die Konferenz waren relativ niedrig, da sie als Zwischenetappe für die Konferenz in Paris angesehen wurde und das Klimaschutz-Mandat vorbereiten soll. Dennoch konnten in einigen Bereichen Fortschritte erzielt werden, vor allem beim Waldschutzprogramm REDD+.

In Vorfeld gab es außerdem Diskussionen, ob Polen als Gastgeberland die Erwartungen erfüllen kann, als ein Land, das in hohem Maße von Kohle als Energieträger abhängig ist und das in der Vergangenheit bei den Klimakonferenzen auch die Übertragung von CO₂-Emissionen („heiße Luft“) befürwortet hat.

Bundesumweltminister Altmaier hat in seiner Rede vor dem Plenum die Ziele Deutschlands beim Klimaschutz unterstrichen und ambitionierte Ziele für die Reduktion der Treibhausgase genannt: 40 % weniger Emissionen gegenüber 1990 bis im Jahr 2020, 55 % weniger bis 2030 und 80 bis 95 % weniger bis 2050. Außerdem bezifferte er den deutschen Beitrag zum internationalen Klimaschutz im Jahr 2013 auf 1,8 Milliarden Euro.

Folgende weitere Ergebnisse wurden nach langen Verhandlungen erzielt:

REDD+ -Initiative

Die REDD+ (engl. Reducing Emissions from Deforestation and Forest Degradation)-Initiative zur Aufforstung von Wäldern wurde beschlossen. Dieser Beschluss gilt als bedeutendstes Ergebnis der UN-Klimakonferenz. Damit sollen Emissionen durch Waldzerstörung und Entwaldung verringert werden. Diese Initiative wird von den USA, Norwegen und Großbritannien mit 280 Millionen Dollar finanziert. Deutschland soll diese Initiative ebenfalls finanziell unterstützen, Bundesumweltminister Altmaier stellte 12 Millionen Euro in Aussicht.

Grüner Klimafonds (Green Climate Fund)

Mithilfe des Grünen Klimafonds sollen Gelder für Klimaschutzprojekte in den Schwellenländern bereitgestellt werden. Eine Einzahlung von 40 Millionen Euro wollen Schweden und Deutschland tätigen. Damit sollen in den Schwellenländern Experten ausgebildet werden, die korrekte Anträge an den Klimafond stellen. Anträge können ab dem Frühjahr 2014 eingereicht werden. Deutschland stellt weitere 500 Millionen pro Jahr in Aussicht. Dafür fehlen aber noch konkrete Zahlungsverprechen. Festgelegt wurde nur die Notwendigkeit eines kontinuierlichen Anwachsens dieses Fonds auf die angestrebten 100 Milliarden Dollar bis 2020.

Offen gelassen wurden rechtliche Verbindlichkeiten künftiger Ziele. Dies setzten vor allem die Schwellenländer durch.

„Loss and damage“ und „Warschauer Mechanismus“

Von Seiten der Entwicklungsländer wird ein Entschädigungssystem für Klimafolgen gefordert, das die Industrieländer für Verluste und Schäden („loss and damage“) haften lässt. Länder, in denen Wetterkatastrophen, die durch den Klimawandel verursacht bzw. verstärkt wurden, Schäden auftreten, sollen finanziell, aber auch technisch unterstützt werden. Dies lehnen die Industrieländer aufgrund möglicher Haftungsverpflichtungen in unvorhersehbarer Höhe ab. Nach schwierigen Verhandlungen wurde ein Kompromiss festgeschrieben.

Das Thema der bei Extremwetterereignissen entstandenen Schäden und Verluste wird im sogenannten „Warschauer Me-

chanismus“ berücksichtigt, dessen Status ab nächstem Jahr verhandelt und bei der 22. Klimakonferenz 2016 festgeschrieben werden soll.

Anpassungsfonds

Für den Anpassungsfonds kamen mehr als 100 Millionen Dollar (Deutschland 30 Millionen Euro) zusammen. Nun können Maßnahmen bezahlt werden, die vor Gefahren des Klimawandels schützen sollen und mit denen besser mit den unabdingbaren Folgen der Klimaänderung umgegangen werden kann.

Emissionssenkungen und Klimaschutz-Mandat ab 2020

Verbindliche Vereinbarungen zum Klimaschutzmandat ab 2020 konnten in Warschau nicht getroffen werden. Allerdings lehnte Australien bereits eine Zusage für zukünftige höhere Reduktionen von Treibhausgasen ab. Japan senkte sein Ziel der Reduktion von Treibhausgasen sogar, von 25 % gegenüber 1990 auf 3,8 % gegenüber 2005, was insgesamt eine Erhöhung von 3 % gegenüber dem Stand von 1990 bedeutet.

Obwohl verbindlich festgelegt werden konnte, dass auch Entwicklungs- und Schwellenländer bis 2015 ihre Ziele zur Treibhausgasreduktion formulieren, ist im Abschlussdokument der Konferenz statt von „Verpflichtungen“ nur noch von „Beiträgen“ die Rede.

2014 – COP 20 – Lima

Am 14.12.2014 endete die 20. UN-Klimakonferenz in Lima, die um zwei Tage verlängert werden musste. In Lima, Peru, sollte die Grundlage geschaffen werden für ein neues, universelles Abkommen zum Klimawandel. Delegationen aus 195 Staaten nahmen an der Konferenz teil um ihre nationalen Pläne zum Klimaschutz vorzustellen. Die Bestandteile eines Verhandlungstextes wurden ausgehandelt, welcher die Grundlage für einen Vertragstext für einen Klimaschutzvertrag ab 2020 sein soll. Dieser soll 2015 auf der UN-Klimakonferenz in Paris beschlossen werden.

Die Erwartungen an die Konferenz in Lima waren auch während der Konferenz noch sehr hoch, da jedoch bis zum vorgesehenen Ende am 12.12.2014 keine Einigung erzielt werden konnte, wurde die Konferenz um zwei Tage verlängert. Statt präziser Eckpunkte für den Klimaschutzvertrag einigten sich die Delegierten auf ein 37-seitiges Dokument, das als Verhandlungsgrundlage für den Klimaschutzvertrag ab 2020 dienen soll. Die Einigung über die genaue Formulierung wurde allerdings auf die UN-Klimakonferenz in Paris 2015 verschoben, da die Verhandlungsgrundlage noch viele Optionen enthält.

Wegen des unterschiedlichen wirtschaftlichen Entwicklungsstandes der einzelnen Länder kommt es auf UN-Klimakonferenzen immer wieder zu Diskussionen. Im Mittelpunkt steht oft die Frage, inwieweit die bisherigen Emissionen die Grundlage sein sollen für die neuen Reduktionsziele. Im Gegensatz zum Kyoto-Protokoll unterscheidet das in Lima verabschiedete Dokument nicht mehr so stark zwischen Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländern. Grund dafür ist, dass mittlerweile Schwellenländer wie China zu den größten Emittenten weltweit gehören. Dafür werden in den nächsten Monaten die beteiligten Staaten Ziele vorlegen, wie stark sie ihre Treibhausgasemissionen verringern. Zudem sollen bis dahin ihre Klimaschutzbeiträge definiert werden um eine bessere Vergleichbarkeit zwischen den Staaten zu schaffen.

Zusätzlich zu den Anstrengungen für den verbindlichen Klimaschutzvertrag ab 2020 wurde eine Plattform geschaffen, um staatliche sowie nichtstaatliche Akteure zu motivieren, bereits ab 2015 Maßnahmen zum

Klimaschutz zu umzusetzen und diese zu veröffentlichen.

Folgende Ergebnisse wurden nach langen Verhandlungen in Lima erzielt:

Multilateral Assessment

Um mehr Transparenz und Vertrauen zu schaffen, wurden die Emissionsreduktionsziele von 17 Staaten beurteilt. Das Verfahren ist ein wichtiger Schritt um Messungen, Berichte und Verifikationen von Emissionsreduktion vergleichbarer zu machen

REDD+ -Initiative

Die REDD+ (engl. Reducing Emissions from Deforestation and Forest Degradation)-Initiative erzielte große Fortschritte in der Vermeidung der Abholzung der Wälder. Kolumbien, Guyana, Indonesien, Malaysia und Mexiko reichten Daten über den Stand der Treibhausgasemissionsreduktion durch Waldschutzmaßnahmen beim UNFCCC ein. Dies schafft eine gute Voraussetzung um weitere finanzielle Mittel zur Unterstützung von REDD+ zu gewinnen.

Finanzierung von Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel und Klimaschutz

In der Abstimmung und Koordinierung der verschiedenen Fonds zum Klimaschutz und Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel konnten einige Fortschritte erreicht werden. Auch weitere Finanzierungszusagen wurden getroffen. Der Grüne Klimafonds (Green Climate Fund) erhielt inzwischen Zusagen von über 10 Milliarden Dollar. Diese Gelder sollen ab 2015 für Anpassungsmaßnahmen weltweit zur Verfügung stehen sowie eine Minderung der Auswirkungen des Klimawandels finanzieren. Ab 2020 sollen jedes Jahr 100 Milliarden Dollar aus privaten und öffentlichen Mitteln bereit gestellt werden.

„Loss and Damage“ und „Warschauer Mechanismus“

Das Exekutivkomitee des „Warsaw International Mechanism on Loss and Damage“ wurde für zwei Jahre bestätigt. Das Arbeitsprogramm beinhaltet unter anderem die Überprüfung, wie besonders verwundbare Entwicklungsländer und indigene Bevölkerung und Minoritäten von Verlusten und Schäden durch den Klimawandel betroffen sind.

Außerdem soll der Einfluss des Klimawandels auf Migration untersucht werden.

Weitere Ergebnisse

Geschlechtergerechtigkeit wurde als wichtiger Schritt bei Entwicklung und Implementierung von Klima-Strategien anerkannt. Ein Lima-Arbeitsprogramm wurde verabschiedet, um für Geschlechtergerechtigkeit zu sensibilisieren.

Abkürzungen

Abkürzung	Englisch	Deutsch
AWG-KP	Ad Hoc Working Group on Further Com-mitments for Annex I Parties under the Kyoto Protocol	Ad-Hoc-Arbeitsgruppe unter dem Kyoto-Protokoll für Ver-tragsparteien des Anhangs I (Industrieländer)
AWG-LCA	Ad Hoc Working Group on Long-term Cooperative Action under the Convention	Ad-hoc-Arbeitsgruppe unter der (Klimarahmen-)Konvention
CDM	Clean Development Mechanism	Mechanismus für umweltverträgliche Entwicklung
CMP	Ad-hoc-Arbeitsgruppe unter der (Klimarahmen-)Konvention	Konferenz der Vertragsstaaten des Kyoto-Protokolls
COP	Conference of Parties	Konferenz der Vertragsparteien / Vertragsstaatenkonferenz
IPCC	Intergovernmental Panel on Climate Change	Zwischenstaatlicher Ausschuss für Klimaänderungen
REDD	Reducing Emissions from Deforestation and Forest Degradation	Reduktion von Emissionen aus Entwaldung und Schädigung von Wäldern
REDD+	like REDD, but includes the role of conservation, sustainable ma-nagement of forests and enhancement of forest carbon stocks	wie REDD, beinhaltet aber auch die Bedeutung von Konser-vierung, Nachhaltigkeitsmanagement von Wäldern und die Steigerung von in Wäldern gespeichertem Kohlenstoff
SBSTA	Subsidiary Body for Scientific and Technological Advice	Nebenorgan für wissenschaftliche und technologische Beratung
UNFCCC	United Nations Framework Convention on Climate Change	United Nations Framework Convention on Climate Change
WCC	World Climate Conference	Weltklimakonferenz
WCP	World Climate Programme	Weltklimaprogramm
WCRP	World Climate Research Programme	Weltklimaforschungsprogramm
WMO	World Meteorological Organisation	Weltmeteorologische Organisation

(Quellen: UNFCCC, Deutsches Klimakonsortium)

Dokumente

Treffen	Jahr	Dokument	Englisch	Deutsch
WCC 2	1990	Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen	UNFCCC	UNFCCC
COP 03	1997	Kyoto-Protokoll	UNFCCC	BMU
COP 13	2007	Bali „road map“	UNFCCC	BMU
COP 15	2009	„Copenhagen Accord“	UNFCCC	BMU
COP 16	2010	Nachfolgeabkommen des Kyoto-Vertrags (Draft)	UNFCCC	
COP 16	2010	„Long-term Cooperative Action“ (Draft)	UNFCCC	
COP 17	2011	Zweite Phase des Kyoto-Protokolls (Draft)	UNFCCC	
COP 17	2011	Klimaschutz-Mandat	UNFCCC	
COP 17	2011	Grüner Klimafonds („Green Climate Fund“)	UNFCCC	
COP 19	2013	Warschau-Mechanismus	UNFCCC	
COP 20	2014	Elemente eines Entwurfsverhandlungstextes	UNFCCC	
COP 20	2014	Lima Aktionsplan	UNFCCC	

Kontakt

Süddeutsches Klimabüro
Dr. Hans Schipper
Dipl.-Geogr. Julia Hackenbruch
Hermann-von-Helmholtz-Platz 1
76228 Eggenstein-Leopoldshafen



E-Mail: klimabuero@kit.edu
www.sueddeutsches-klimabuero.de

Herausgeber

Karlsruher Institut für Technologie (KIT)

Kaiserstr. 12
76128 Karlsruhe

Karlsruhe
© KIT 2014

www.kit.edu